





## Unser Titelblatt

Riesige Ländereien in verschiedenen afrikanischen Staaten sind von ausländischen Investoren aufgekauft worden oder stehen zum Verkauf. Das Ziel ist die Nahrungsmittelproduktion für die Märkte des Investors oder für den Weltmarkt. Aber auch Rohstoffe für die Treibstoffherstellung werden angebaut. Der Anbau erfolgt intensiv; Arbeitskräfte werden aus der afrikanischen Bevölkerung rekrutiert, mittlere und obere Kader stammen aus den Investorenländern. Allen voran: China, Korea und arabische Ölstaaten.

Unser Bild: Zwei Welten prallen aufeinander: Moderne Technologie trifft auf die ländliche Bevölkerung in Angola.  
Bild: Susy Greuter.

Landgrabbing, also der Verkauf von Landwirtschaftsböden an fremde Staaten, Staatsfirmen oder Privatfirmen, nimmt massiv zu. Mehrere Staaten Afrikas sind bis anhin bereit, ausländischen Investoren Ländereien gigantischen Ausmasses zu verkaufen oder zu verpachten. Oft bleiben dabei die Interessen der einheimischen Bevölkerung unberücksichtigt. Über ihren Kopf hinweg wird angebliches «Staatsland» verschleubt und die Bevölkerung zu Landlosen und in der Folge zu Umsiedlungsoffern gemacht. Als Käufer oder Investoren treten in der Regel multinationale Unternehmen oder Staatsfonds auf. Ihr Ziel: Auf den erworbenen Ländereien eine möglichst intensive landwirtschaftliche Nutzung herbeizuführen, um entweder Bedürfnisse im eigenen Land zu decken oder aber um Produkte für den Weltmarkt anzubauen. An erster Stelle stehen dabei Nahrungsmittel, aber auch Grundstoffe für die Herstellung von Treibstoffen wie etwa Bio-Ethanol und Forstprodukte werden angepeilt.

Das Land wird in den meisten Fällen durch die einheimische Regierung vermittelt, verpachtet oder verkauft. Für die einheimische Bevölkerung fällt wenig bis nichts ab. Zwar werden in der Regel Arbeitsplätze geschaffen, doch der Wandel von Ackerbauern oder Viehzüchtern zu Betriebsangestellten ist nicht einfach zu bewerkstelligen. Das Management liegt in ausländischer Hand, vielfach sind auch die mittleren oder gar unteren Kader wie etwa Vorarbeiter ausländischer Herkunft. Da drängen sich gleich mehrere Fragen auf: Ist dieses Geschäftsmodell nachhaltig? Können die afrikanischen Staaten damit ihre Armut überwinden und in eine hoffnungsvolle Entwicklungsphase treten? Oder die Frage, ob dieses Modell geeignet ist, den Hunger in armen Ländern zu bekämpfen. Oder wird nur der (Profit-)Hunger der Investoren gestillt? Schliesslich drängt sich die Frage auf, ob mit verbreitetem Landgrabbing eine Art neuen Kolonialismus am Entstehen ist.

Im vorliegenden «Afrika-Bulletin» beleuchten wir das Landgrabbing etwas näher und versuchen, die verschiedenen Aspekte etwas auszuleuchten. Weiter greifen wir ein Thema auf, das bis anhin völlig unerforscht war: Die Rolle afrikanischer Studierender in der Schweiz im Unabhängigkeitskampf von Angola. Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns über Reaktionen.

Hans-Ulrich Stauffer

## Impressum

**Ausgabe 137 | Februar / März 2010**

**ISSN 1661-5603**

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 35. Jahrgang.  
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer und Susy Greuter  
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz  
Telefon (+41)61-692 51 88 | Fax (+41)61-269 80 50

E-Mail Redaktionelles: [afrikabulletin@afrikakomitee.ch](mailto:afrikabulletin@afrikakomitee.ch)

E-Mail Abonnemente und Bestellungen: [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

Postcheck-Konto Basel 40-17754-3

Für Überweisungen aus dem Ausland:

in CHF: MigrosBank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7

in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9

(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Das Afrika-Komitee im Internet: [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)

E-Mail-Adresse: [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Ulrich Delius (GfbV), Pius Frey (comedia), Barbara Müller, Eliane Kurmann,  
Thomas Schwarz (Medicus mundi), Ruedi Suter.

Gestaltungskonzept: typOHa||er

Layout: 9•6 | Felicitas Wernli | Basel

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage

Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–

Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–

Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 138: 30. März 2010.

Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen,  
mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

## Das Afrika-Bulletin im Netz

Diese und ältere Ausgaben und zusätzliche  
Materialien finden Sie im Netz unter:  
[www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)

# Landgrabbing

## Facts und Figures

**Investitionen in landwirtschaftlichen Projekten gehörten schon immer zum Wirtschaftsleben afrikanischer Staaten. Die einen investierten in Plantagen für die Ananasproduktion, die anderen in Kaffee, Kautschuk oder Zuckerrohr, alles Güter, für die auf dem Weltmarkt ein Absatz besteht. Hans-Ulrich Stauffer fasst zusammen.**

Neu ist der Trend, dass ausländische Investoren – staatliche Fonds oder Multinationale – in grossem Ausmass fruchtbares afrikanisches Landwirtschaftsland kaufen oder pachten, um darauf in aller Regel Nahrungsmittel anzubauen. Diese werden entweder auf dem Weltmarkt abgesetzt oder dienen zur Versorgung der Bevölkerung in den Investorenländern. Aber auch der Anbau von Rohstoffen für die weitere industrielle Verarbeitung ist bekannt: So etwa der Anbau von Jatropha, Ölpalmen oder Mais für die Erzeugung von Biosprit.

Aufsehen erregt hat jüngst das geplante Engagement des südkoreanischen Industriekonglomerates Daewoo in Madagaskar. Die Insel ist fruchtbar und verfügt über 2,5 Millionen Hektar erschlossenes Landwirtschaftsland. Davon sollten an Daewoo mehr als die Hälfte, ganze 1,3 Millionen Hektar, verpachtet werden – ein Viertel der Fläche der Schweiz. Der Vertrag sah eine Pacht für 99 Jahre vor. Auf dem Land sollte unter Anleitung südafrikanischer Farmer industrielle Landwirtschaft für den Export nach Südkorea betrieben werden. Im trockeneren westlichen Teil der Insel war geplant, auf einer Million Hektar Mais anzubauen zur Herstellung von Biotreibstoff. Im feuchteren Inselosten hingegen sollten Ölsaaten angebaut werden. Als Gegenleistungen sollte Daewoo Investitionen in die marode Infrastruktur der Insel vornehmen. Madagaskar ist eines der ärmsten Länder weltweit.

Zwei Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, Hunger ist weit verbreitet. Da stellt sich die Frage, weshalb mehr als die Hälfte des Ackerlandes an einen ausländischen Multi abgetreten werden soll. Vom Vorhaben selbst wusste die betroffene Bevölkerung nichts, es wurde über deren Köpfe entschieden. Bereits heute ist Madagaskar ein Eldorado für Ausbeuter aller Art. In grossem Umfang wird etwa von aus-

ländischen Firmen der Urwald abgeholzt. Madagaskar zeichnet sich durch politische Instabilität aus. So kommt es, dass zweifelhafte Verträge geschlossen werden. So auch der Deal mit Daewoo: Er wurde erst durch die nach monatelangen Streitigkeiten über die Staatsmacht von dem von einer Militärregierung getragenen neuen Präsidenten annulliert.

Saudi Arabien geht behutsamer vor: Im November letzten Jahres wurde im äthiopischen Addis Abeba eine Konferenz abgehalten, an welchem Vertreter des Königreichs mit Regierungsvertretern aus Äthiopien, Kenya, Dschibuti, Uganda und Somalia zusammen trafen. Ziel der Konferenz war die Verstärkung der Handelsbeziehungen, welche heute etwa drei Milliarden Dollar pro Jahr ausmachen. Saudi Arabien bietet Erdöl und Erdölprodukte – gegen Agrarland.

In Ghana ist über die Köpfe der lokalen Bauern ein Gebiet von 27 000 Hektar an die norwegische Investorin Biofuel Africa Ltd. verpachtet worden. Auf dem Land soll nun die weitgehend dürreresistente Jatropha-Pflanze angebaut werden. Ein klassischer Zielkonflikt: Ausländische Investitionen sind erwünscht, aber die Umsetzung verletzt Menschenrechte und dient nicht zur Nahrungsmittelsicherheit des Landes. Nach Auskunft des ghanesischen Landwirtschaftsministeriums haben gegenwärtig mehr als 20 Firmen aus Brasilien, China, Italien, Niederlande, Norwegen und Deutschland investiert.

Die Welternährungsorganisation FAO bezeichnet das Landgrabbing als Neokolonialismus. Als problematisch wird die Lage in jenen Ländern bezeichnet, in denen die Bevölkerung bereits Hunger leidet. Hier sollte nicht noch Landwirtschaftsland verloren werden. Verschiedentlich wird gefordert, dass der Erwerb von Landwirtschaftsland durch einen Verhaltenskodex geregelt wird. Weltbank und Uno wollen bis Ende 2010 einen Code of Conduct beschliessen. Doch wird befürchtet, dass dies ein zahnloser Papiertiger wird, wenn keine entsprechenden Sanktionsmechanismen enthalten sind. Die Schweizerische DEZA ist an den Diskussionen beteiligt und möchte vor allem die Frage der Menschenrechte stärker einbringen. Mozambique und Laos haben ein Moratorium für den Verkauf von Landwirtschaftsland beschlossen. ■

Weitere Quellen:  
[www.farmlandgrab.org](http://www.farmlandgrab.org); [www.grain.org](http://www.grain.org); [www.seedmagazine.com](http://www.seedmagazine.com)

### Ausverkauf von Landwirtschaftsland

Land	Fläche	Käufer
<i>Sudan</i>	1,5 Mio. ha	Saudi Arabien, Kuwait, Ägypten, Südkorea
<i>Kenya</i>	100 000 ha	US-Konzern Dominion
<i>Uganda</i>	840 000 ha	Ägypten
<i>Tanzania</i>	600 000 ha	China
<i>Ghana</i>	keine Angaben	Biofuel Africa (Norwegen), europäische Firmen
<i>Kongo-Brazzaville</i>	10 Mio ha	südafrikanische Privatinvestoren, China
<i>Mozambique</i>	4 Mio. ha	China
<i>Madagaskar</i>	1,3 Mio. ha	Südkorea (Daewoo)
<i>Äthiopien</i>	keine Angaben	diverse, v. a. Saudi Arabien

# Das Ende der Kleinbauern ?

## Hintergründe des Landgrabblings

**Der Run auf fruchtbares Ackerland in Entwicklungsländern hat den Biodiesel-Anbau und steigende Nahrungsmittelpreise als Hintergrund. In den Entwicklungsbanken wird von der «Chance einer neuen Grünen Revolution» geredet. Doch die Frage, was mit der Bevölkerung geschieht, wird auch von den Regierungen der «Gastländer» kaum gestellt. Eine Argumentation von Susy Greuter.**

Den Jarai im nordöstliche Kambodscha geht es jetzt nicht besser als den nordamerikanischen Indianern im vorletzten Jahrhundert, obwohl sie von eigenen Leuten in einer konstitutionellen Monarchie regiert werde: Unter viel Druck seitens der lokalen Behörden willigten sie ein, 50 Hektar ihres Jagdgebietes einem «Projekt für invalide Soldaten» zu überlassen. Dann gab es ein grosses Fest für die Jarai, die betrunken ihre Daumen auf ein Dokument setzten. Sie hatten damit 400 Hektaren Wald einer privaten Firma überlassen, die das Areal erstmal kahlschlug, um eine Gummiplantage anzulegen. Die Besitzerin der Firma ist mit einem hohen Beamten des Landwirtschaftsministeriums verheiratet.

Die Begebenheit illustriert die schlimmsten Befürchtungen, die man für die Bauern und erst recht für Nomaden, indigene Jäger und Sammlergruppen haben kann angesichts der steil ansteigenden Zahl von Landübernahmen in fruchtbaren Gebieten armer Länder.

Afrika ist heute bevorzugtes Ziel dieser Transaktionen. Das hat aber eher wenig mit der relativ dünnen Besiedlung dieses Kontinents zu tun. Afrikanisches Land ist auch in den gut besiedelten Gebieten sechs mal billiger als etwa Terrains in Brasilien, Argentinien oder Polen und acht mal billiger als in den USA, um nicht von den Preisen für landwirtschaftliches Land in England oder Deutschland zu reden, wo es 18 bis 20 mal teurer ist.

### Die Akteure

Nicht, dass es so angeboten würde, denn es sind die Interessenten, die Land suchen und danach Verhandlungen darüber führen. Aufkäufer oder Langzeitpächter sind ja längst nicht nur fremde Regierungen, welche die Nahrungsmittelsicherheit ihrer Einwohner im Auge haben, weil das eigene Territorium keine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mehr ermöglicht. Lebensmittelspekulation hat sich im 2008 als ein Rettungsanker der Finanzwelt erwiesen und die – mit dem Siegeszug des Biodiesel-Anbaus und dem wachsenden Konsum der Schwellenländer – ansteigenden Agrarpreise machen Investitionen in die intensive Produktion von Nahrungsmitteln, Biodiesel-Substrat und Futterpflanzen interessant. Mehr als ein Drittel der ersten hundert massiven Aufkäufe des Jahres 08 wurden nicht von Regierungen und auch nicht von Agrar- und Lebensmittel-Konsortien, die je für unter einem Drittel dieses Landgrabblings zeichnen, sondern von Investment-Fonds getätigt. In deren rasant wachsender Zahl sind solche aus westlichen Nationen eben-

so gut vertreten wie solche der «asiatischen Tiger» oder von der saudischen Halbinsel. Unter den englischen, amerikanischen und schweizerischen Investment-Fonds schmücken einzelne ihre Einladungen zur Aktienzeichnung mit Versprechen von garantierten acht Prozent jährlicher Rendite, aber ihre Hochrechnungen peilen auf zwischen 40 und 400 Prozent – letzteres gerade in Afrika.

Seit 2005 wurden global 40 Millionen Hektar – davon alleine in Afrika 20 Millionen – von Investment-Fonds, Agrar- und Lebensmittelkonsortien und Regierungen aufgekauft, um zumeist international tätigen Agrarunternehmen zum Anbau übergeben zu werden. Auch hier gibt es viele Neugründungen, die häufig mit den einschlägigen Agrarkonsortien wie Monsanto, Cargill und Syngenta vernetzt sind.

### Obsoleter Bauern?

Ganz neu ist das nicht: Wir kennen alle die Namen und das Fama von Del Monte, Chiquita und Dole. Deren selbstverständlich völlig legales Vorgehen ist bekannt, sodass wir uns keinen Sand in die Augen streuen lassen müssen, was Folgen solcher Landübernahmen sein können. Die bereits etwas besser verfolgten Fälle in Äthiopien zeigen das ausreichend auf: Bauern, die von dem hier nominal dem Staat gehörenden Land weggeschickt werden, erhalten den Gegenwert von zehn ihrer Jahresernten und einen kleinen Zuschuss für Landverbesserungen, die halbnomadischen Viehzüchter dagegen nichts: Sie können ihre Zebus «woanders» hintreiben. Arbeit in den Plantagen finden nur ein kleiner Teil der jungen Männer, je nach Anbauprodukt können es auch nur Einzelne sein. Wird die Entschädigung ausreichen, freies Land zu finden, dass die Familien anderswo eine neue Existenz aufbauen können? Welches afrikanische Land hat eine Massenfertigungsindustrie, die diese Arbeitskraft allmählich absorbieren könnte?

Die Frage, wo und wie die vertriebenen Kleinbauern verbleiben werden, wird noch wenig gestellt. Noch ist keine Transaktion bekannt, wo der Staat die Vertreibungen mit Wiederansiedlungsprogrammen, landwirtschaftlicher Beratung und Infrastruktur begleitet – und die den Aufkäufern per Vertrag verrechnen würde. Das Problem, dass der mechanisierte, mit Bewässerung und chemischen Mitteln intensivierter Anbau in Monokultur nur einen Bruchteil der menschlichen Arbeitskraft absorbiert, die auf gleicher Fläche in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigt wäre, ist völlig ungelöst. Intensivierter Soya- oder Maisanbau zum Beispiel schafft auf 500 Hektar nur gerade zwei Arbeitsplätze, während die traditionelle Landwirtschaft hier 175 Menschen beschäftigen würden.

### Nahrungsmittel: Ziel oder Spekulationsobjekte?

Die grosse Nachfrage nach Nahrungsmitteln, welche zur Begründung dieses raschen und konzertierten Umbaus der globalen Agrarwirtschaft dient, hat wenig mit dem Problem des Hungers zu tun. Soya füttert unsere Mastrinder, Mais, Palmöl und Zucker als Biodiesel unsere Autos, auch wenn wir uns dessen wenig bewusst werden, da Herkunft im globalen Markt keine Rolle spielt. Der Reis – immerhin das wohl

häufigste Zielprodukt der asiatischen und arabischen Landkäufe – wird nach Vertrag aus dem Produktionsland in Gänze exportiert, oder dort möglichst zu Weltmarktpreisen verkauft. Gegenläufige Vereinbarungen, dass der Nahrungsbedarf des «Gastgeberlandes» berücksichtigt würde, lassen sich in den bekannten Verträgen selten finden. Gesetze einzelner Länder, die den Nahrungsmittelexport bei eigener Knappheit verbieten, wurden vereinzelt sogar sistiert. Die Gesetze afrikanischer Länder «anzupassen», welche dem Kauf oder der Pacht und der freien Ausfuhr Hindernisse in den Weg stellen, ist ein Anliegen, dessen sich momentan die Weltbank in ihrer Kreditpolitik besonders annimmt.

### Wovon Entwicklungsbanken träumen

Die Weltbank, die Finanz- und Forschungsinstitute in ihrem Gefolge, die Europäische Entwicklungsbank sind dem Phänomen mehr als wohlgesinnt: Sie wollen es zur Win-win-Strategie erheben, durch die «alle Beteiligten Gewinn ziehen können». Damit soll ihrer, bisher wenig erfolgreichen und mager dotierten, Agrarpolitik Flügel verliehen werden. Das Reisforschungsinstitut arbeitet bereits mit den saudischen Investoren im Sudan, Mali und Senegal zusammen, um seine neu entwickelten Saat-Typen, Anbaumaschinen und Bewässerungstechnologien zu grossflächiger Anwendung zu bringen. Auch Kredite zu solchen Zwecken dürften schon aus den internationalen Entwicklungsbanken fliessen.

Um aus diesem grossen Aufmarsch eine Win-win-Strategie nicht nur für Financiers und «gastgebende» Regierungen zu machen, beugen sich Kreise aus Weltbank und FAO über einen möglichen Verhaltenskodex und eine Liste der besten Praktiken für Investoren. Darin sollen auch der allfälligen Bevölkerung der übernommenen Ländereien gedacht werden. Schöne Absicht, doch wer kontrolliert das über die ganze Laufzeit eines Plantagenprojektes? Sind nicht schon Klagen gehört worden, dass das versprochene Spital und die Schulen nach dreijähriger Laufzeit noch immer nicht gebaut seien?

Die Bauernorganisationen Westafrikas sind nicht beeindruckt, sondern protestieren scharf gegen diese neue Form der Kolonisation, wie sie das sehen. Ein Bauernführer aus dem Benin meinte gar, die Käuferländer exportierten ihre Nahrungsmittel-Unsicherheit, während Bauern aus den Philippinen – die gewiss einschlägige Erfahrung haben – auf die Frage, ob der vielbeschworene Transfer von überlegener Landwirtschafts-Technologie eine willkommene Kompensation für Landaufkauf wäre, scheinbar nur müde reagierten: «Sie seien zufrieden mit ihren eigenen Kenntnissen über nachhaltigen Anbau». Insbesondere fürchtet man sich vor einer möglichen Übernutzung des Bodens durch die industrielle Monokultur: «Sie werden mit der intensiven Landwirtschaft die Böden der Nährstoffe und des biologischen Lebens berauben; nach einer Anzahl Jahre werden sie sich dann zurückziehen und den Gemeinschaften eine Wüste überlassen».

### Gibt es Alternativen?

Das befürchtet auch «Via Campesina», die inzwischen weltweit vernetzte Kleinbauernorganisation, die diese Stimmen hörbar macht, indem sie weltweite Konferenzen und Kampagnen organisiert. Sie stellt die Fragen, welche Landwirtschaft «die Leute ernährt, ohne sie krank zu machen, sie in die städtischen Slums zu vertreiben und ohne die Böden zu zerstören». Via Campesina geht über eine blosser Kritik der industriellen Landwirtschaft hinaus. Sie führt Forschungen mit Extrapolationen an, die die Möglichkeit einer gewaltigen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion allein aufgrund kleinbäuerlicher, arbeitsintensiver Landwirtschaft nachweisen. Eine nachhaltige, organische Landwirtschaft, die ausserdem die Klimabilanz verbessere, während der industrielle Anbau nicht nur viel CO<sub>2</sub> produziert, sondern solches aus dem Boden freimacht.

Sich vorzustellen, die Ernährung der 9,1 Milliarden Menschen, die per 2050 auf der Erde erwartet werden, würde allein mittels verbesserter traditioneller Landwirtschaftstechniken zu bewerkstelligen sein, mag schwerfallen. Mengenmässig nimmt sich der Beitrag zur weltweiten Versorgung aus afrikanischer Produktion bescheiden aus. Die Frage ist allerdings, ob dies an den Bauern liegt, oder ob es bei den Unterstützungs- oder Vermarktungsstrukturen und den Handelshindernissen des Weltmarktes harzt.

Immerhin beziehen wir noch immer den grössten Teil der Kakao-Produktion aus Afrika, auch Tee, Kaffee, Erdnüsse und vor allem Baumwolle sind wichtige Exporte, die nicht schlecht funktioniert haben. Nur zu einem kleinen Teil sind sie das Resultat des Siedlerkolonialismus, der in den englischen Kolonien vorherrschte, und von Plantagen, die durch externe Fachleute geführt wurden. Zu einem wichtigen Teil aber gehen sie auf die Agrarstrategie vor allem Frankreichs zurück. In der Schuld gegenüber den afrikanischen Veteranen des zweiten Weltkriegs und im Versuch, den Ruf nach Unabhängigkeit durch einen «New Deal» zurückzudämpfen, wurden in den 40er und 50er-Jahren Genossenschaften und Systeme des Vertragsanbaus mit Kleinbauern begründet. Mit der Bereitstellung von Saatgut und ergiebigen Sorten, vor allem aber mit intensiver Beratung und Schulung der Bauern wurden nicht nur grosse, exportfähige Ernten erzielt, sondern Anbautraditionen begründet, die von den Bauern bis heute weitergetragen werden.

Teilweise gerade auf Anraten der Weltbank haben die meisten afrikanische Regierungen seither kaum noch investiert in die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Flächendeckende Beratungsdienste wurden vernachlässigt und auch von den Entwicklungsdiensten ungenügend weiter aus- oder aufgebaut. So glauben die grössten internationalen Entwicklungsagenturen heute, es sei illusorisch, die Masse der Kleinbauern «wettbewerbsfähig» machen zu wollen, und bieten Hand zum Ausverkauf der Landressourcen. Dies bringt den Regierungen der afrikanischen Hungerleider endlich frisches Geld, damit sie ... ihre fehlgeleiteten Kredite bezahlen? ■

Weiterführende Links:

[www.grain.org](http://www.grain.org); [www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org); [www.hebdo.ch](http://www.hebdo.ch); No.36, 09

# Landverkäufe über die Köpfe der Betroffenen

## Afrika und Südostasien am meisten betroffen

Das Göttinger Büro der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat sich eine Reihe von grossen Landkäufen durch Agrarkonzerne, Investment Banken und Regierungen detailliert angeschaut und schlägt Alarm: Die meisten dieser Transaktionen missachten die – geschriebenen ebenso wie ungeschriebenen – Landrechte der lokalen Bevölkerung. Ulrich Delius, der sich vor allem mit Afrika befasst, umreisst die Probleme vom Standpunkt der Menschenrechte in einem Interview mit Susy Greuter.

**Welche Fälle unter den bereits tausenden haben Sie und die Gesellschaft für bedrohte Völker näher verfolgt? Haben Sie dabei eine bewusste Wahl getroffen – sozusagen eine Stichprobe – oder nach welchen Kriterien wählten Sie diese Beispiele?**

Wir haben uns vor allem mit Landraub in Staaten beschäftigt, zu denen wir schwerpunktmässig als Menschenrechtsorganisation seit längerer Zeit arbeiten. Insofern haben wir bewusst bestimmte Länder herausgegriffen, die allerdings zum Kreis der Staaten zählen, in denen Landraub am meisten grassiert. Für uns sind dies die Länder Äthiopien, Kenia, Uganda, Tanzania, Indien, Kambodscha, Laos, Indonesien und die Philippinen.

kerung. Durch das rücksichtslose Vorgehen der Konzerne und staatlicher Verwaltung fühlen sich viele Kleinbauern nicht nur in ihrer Existenz bedroht, sondern auch missachtet von den Behörden des eigenen Landes. Ignoranz und Arroganz werfen viele Kleinbauern der staatlichen Verwaltung vor, die ohne Konsultation über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen fällt, die von einer Mehrheit der Landbevölkerung nicht verstanden und mitgetragen werden.

**Müssen diese Bedenken, ja Alarmrufe, mehr oder weniger auf alle Landübernahmen durch Agrarkonzerne oder fremde Staaten ausgedehnt werden?**

Der Landraub hat in den meisten Staaten Afrikas und Asiens ein solches Ausmass angenommen, dass grundsätzlich entsprechende Verträge Misstrauen bei den Betroffenen auslösen. Denn so genannte Brachflächen, die von niemandem genutzt werden und niemandem zustehen, zugleich aber erfolgversprechenden Anbau garantieren, gibt es heute kaum mehr.

**Wird das Verbleiben der Menschen, die zuvor auf diesen Landflächen lebten, in den Verträgen durch bestimmte Konditionen berücksichtigt?**

Nein, in der Regel sehen die Staaten die Flächen, die sie verpachten oder verkaufen, als herrenlos oder als Eigentum des Staates an und beschäftigen sich nicht mit dem Schicksal der darauf oder davon lebenden Menschen. Nur im Einzelfall – bei massiven Protesten der Betroffenen – gibt es Sonderregelungen für die Zukunft der auf dem Land lebenden Menschen.

**Welche Massnahmen von Regierungen, die Land an ausländische Konzerne verkaufen / verpachteten, im Bezug auf die Bewohner sind Ihnen bekannt?**

Nur gelegentlich wird Schadensersatz gezahlt oder nach Ausgleichsflächen gesucht. Für indigene Völker ist dies auch keine Lösung, weil für sie das Land ihrer Ahnen nicht veräusserbar ist. Für sie ist es eine Frage des Überlebens ihrer Kultur und ihrer Gemeinschaft.

**Kennen Sie Fälle, worin die Landtitel – kollektive oder individuelle – eine Rolle spielten? Gibt es Fälle, wo nationales Recht gebrochen wurde?**

Das Hauptproblem bei den Landrechtsauseinandersetzungen ist, dass zwei unterschiedliche Rechtssysteme aufeinanderprallen. Das nationale, oft vom britischen oder französischen Recht geprägte Rechtssystem und ein nicht kodifiziertes indigenes System, das von den Regierungen meist nicht anerkannt wird. Oft brechen die Staaten noch nicht einmal ihr nationa-

**Welches sind die Punkte, die in diesen Fällen der Landübernahme problematisch sind?**

Für uns als Menschenrechtler ist die Leugnung der Landrechte der traditionellen Bewohner und langjährigen Nutzer dieser Flächen besonders problematisch. Diesen Menschen bleibt ausser Landbesetzungen kaum eine Möglichkeit, um gegen den Ausverkauf des traditionell von ihnen genutzten Landes vorzugehen. Für juristische Auseinandersetzungen fehlt es ihnen an Geld.

**Gibt es über die menschenrechtlichen Bedenken hinaus Fragen, die im Bezug auf das Vorgehen der Agrarkonzerne gestellt werden müssen?**

Der Landraub wirft viele Fragen und Konflikte auf, so auch den zunehmenden sozialen Graben zwischen städtischer Bevölkerung und verarmender Landbevöl-

Begehrtes Ackerland in Karatu, Tanzania, das (noch) nicht zum Verkauf steht. Bild: Ruedi Ruter.



les Recht, in dem sie vorsorglich bereits in ihrer Verfassung festgeschrieben haben, dass alles Land dem Staat gehört, obwohl es traditionell indigenen Völkern zusteht. Der Rechtsbruch beginnt also viel früher und ist viel grundsätzlicher.

#### **Wie profitabel sind Ihnen bekannte Verträge für die Staaten?**

Für Regierungen verarmter Staaten mag es erst einmal profitabel klingen, für Land, das bislang aufgrund der Bewirtschaftung durch Kleinbauern kaum volkswirtschaftlich in der Exportbilanz oder bei der Produktion des Bruttosozialprodukts zur Geltung kam, Geld zu bekommen. Doch die Beträge sind im Vergleich zum

Profit der Agrarkonzerne gering. Fraglich ist auch, ob die jeweilige Regierung die Einnahmen auch für die Förderung der verarmten Kleinbauern verwendet. Dies darf wohl bezweifelt werden. Insofern ist es eine schlechte Bilanz für die Betroffenen. Die Eliten dieser verarmten Staaten bereichern sich auf dem Rücken der verarmten Bauern und fördern den Ausverkauf der Ressourcen ihrer Heimat. Denn eines ist gewiss: Dieses Land ist nach intensiver Nutzung durch Agrarkonzerne wertloser denn je zuvor. Auch drohen diese Grossfarmen Umweltprobleme weiter zu verschärfen. ■

Weitere Informationen: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Landgrabbing am Beispiel Äthiopien

#### **«Mehr als sechs Millionen Äthiopier brauchen Hungerhilfe!» Schwere Vorwürfe gegen äthiopische Regierung: Plantagen für Biosprit und Blumenexport schüren Hungerkatastrophe.**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat der Regierung Äthiopiens vorgeworfen, mit einer verfehlten Landwirtschaftspolitik die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika zu verschärfen. «Statt der Nahrungsproduktion absoluten Vorrang zu geben, setzt Äthiopien auf die Erzeugung von Biosprit und den Anbau von Blumen für den Export», kritisierte die GfbV. «So werden Kleinbauern und Nomaden von ihrem Land vertrieben oder zum Verkauf ihrer ohnehin kleinen Parzellen an zumeist ausländische Investoren gedrängt.» In Äthiopien seien aufgrund einer langen Dürreperiode und geringen Regenfällen während der beiden letzten Regenzeiten nicht nur die Folgen des Klimawandels zu spüren. Die verheerenden Konsequenzen der Naturkatastrophe würden durch die Exportpolitik der Regierung noch zusätzlich verschärft. Ausserdem trügen völkermordartige Übergriffe der äthiopischen Armee auf Somali in der Region Ogaden im Osten des Landes zur Hungersnot bei. Ende vergangene Woche hatte die äthiopische Regierung dringend um Nahrungsmittelhilfe für 6,2 Millionen Not Leidende gebeten.

Äthiopien ist mit seinen 85 Blumenplantagen zweitgrösster Blumenproduzent Afrikas. Seit Beginn der Blumenproduktion im Jahr 2000 hätten hunderte Bauern der Bevölkerungsgruppe der Oromo in der Umgebung der Hauptstadt Addis Abeba ihr Land ohne angemessene Entschädigung für die Plantagen verloren, berichtete Ulrich Delius von der GfbV. In zahlreichen Fällen seien sie von Regierungsbeamten zum Verkauf ihres Landes gedrängt worden, das bislang die

gesamte Grossfamilie ernährte. Rund 85 Prozent der Äthiopier bauen ihre Nahrungsmittel selbst an. Die Regierung habe den Bauern Arbeit auf den Plantagen versprochen, doch mit Hungerlöhnen von weniger als einem Euro Tagesverdienst könne eine Familie nicht ernährt werden. Der massive Einsatz von Pestiziden schädige zudem die Gesundheit der Arbeiter, und der hohe Wasserbedarf der Plantagen beeinträchtigt die Nahrungsmittelproduktion in der Region. «Noch katastrophaler sind die Folgen des Biosprit-Booms», sagte Delius. «Obwohl Millionen Äthiopier hungern, will die Regierung nun 2,7 Millionen Hektar Land an Investoren verpachten, die darauf Energiepflanzen wie Jatropha, Ölpalmen, Rizinus oder Zuckerrohr anbauen wollen.» Mehr als 2000 Unternehmen aus China, Indien, Saudi-Arabien und anderen Staaten hätten bereits investiert. Auch eine Tochterfirma eines Münchener Unternehmens plane Plantagen für Biodiesel auf 200 000 Hektar Land der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit der Oromo. Eine Plantage von 15 000 Hektar habe die Firma bereits eingerichtet. Dafür würden Wälder gerodet, die für das Klima und die Bodenerhaltung wertvoll seien. Äthiopiens Regierung behauptet, der Ausbau der Biosprit-Plantagen gefährde nicht die Nahrungsmittelproduktion, da nur landwirtschaftlich nicht genutztes Land verpachtet werde. «In zahlreichen Fällen konnte jedoch nachgewiesen werden, dass das Land zuvor doch von Kleinbauern und Nomaden genutzt wurde.» So verloren Afar-Nomaden 80 Prozent des fruchtbaren Landes im Awash-Tal an eine Zuckerrohr-Plantage. Mindestens 330 000 Hektar wurden im Zentrum, im Süden und im Westen Äthiopiens bereits für Biodiesel-Projekte verpachtet, obwohl diese Nationalitätengebiete besonders von der Hungerkatastrophe betroffen sind. •

Quelle: Presseerklärung der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., Göttingen, vom Oktober 2009

# Afrika in Kürze

## Westafrika

### Narkotransfer

Westafrika ist eine der wichtigsten Drehscheiben für den Drogenimport von Südamerika nach Europa. Dabei kommt dem Land Guinea-Bissau eine grosse Bedeutung zu, paktieren dort doch hohe Staatsbeamte direkt mit der Drogenmafia. Doch nun verschiebt sich der Blickpunkt etwas nach Norden: Nahe der malischen Stadt Gao, inmitten der Sahara, hat anfangs November 2009 auf einer Wüstepiste ein unbekanntes Flugzeug gelandet – und wurde in der Folge leer aufgefunden. Während bis anhin für die Drogentransporte über den Atlantik kleine zweimotorische Maschinen verwendet wurden, handelt es sich bei der auf der Notpiste gelandete Maschine um nichts Geringeres als eine Boeing 707 und damit eine Standardmaschine für Transkontinentalflüge. Die Maschine war in Venezuela gestartet. Da im nördlichen Mauretanien die Radarüberwachung des Luftraums schwach ist, wird vermutet, dass die Maschine ohne Positionsmeldungen über Afrika einflog und dann in Gao landete. Die Maschine transportierte gemäss Polizeiberichten Kokain. Die Besatzung wurde nicht gesichtet, später wurde jedoch festgestellt, dass sie offensichtlich problemlos aus Mali ausreisen konnte. Auch vom transportierten Kokain fehlt jede Spur. Es wird vermutet, dass der Stoff mit kleinen geländegängigen Fahrzeugen durch die Sahara nach Algerien oder Libyen verschoben und dann von dort nach Europa eingeschleust wird.

Aus Guinea-Bissau wird berichtet, dass der namen- und herrenlose Narko-Jet Glufstream B350, mit welchem unter dem Schutz einer Militärligue am 12. Juli 2008 500 Kilo Kokain eingeflogen wurden, nun zum Verkauf stehe. Vom Kokain fehlt jede Spur, es wurde nach Augenzeugen mit einigen Pick-ups weggefahren. Auch als Flugzeugeigentümer hat sich niemand gemeldet. Die Besatzung reiste damals unbehelligt aus Bissau aus. ■

## China

### Verdoppelung der Hilfe

In den vergangenen neun Jahren hat sich das chinesische Handelsvolumen mit Afrika verzehnfacht. 2008 betrug das Handelsvolumen 100 Milliarden Dollar. Auch für die Zukunft stehen die Zeichen auf Ausbau: Für die nächsten drei Jahre sind Kreditzusagen in der Höhe von zehn Milliarden Dollar an afrikanische Staaten gemacht worden, zusätzlich werden zahlreichen afrikanischen Staaten die Schulden erlassen. ■

## Rohstoffe

### Steigende Kakaopreise

Kakao ist für einige Staaten Westafrikas eines der Hauptexportprodukte, so für Ghana, die Elfenbeinküste und Nigeria. Die Kakaopreise haben in den letzten Monaten stark angezogen. Der Handel fürchtet, dass die Elfenbeinküste weniger liefern kann als bis anhin. Die weltweite Nachfrage übertrifft das Angebot um rund 73 000 Tonnen. Die Elfenbeinküste will die teilweise überalterten Baumbestände nun verjüngen; rund 80 Prozent der Bäume sind älter als 15 Jahre. ■

## Afrika

### Hungerstatistik

Die weltweite Hungerstatistik weist in der Ernährungsfrage für die ganze Welt Fortschritte aus, ausser für Afrika. In den Jahren ab 2000 konnten zahlreiche Länder zum Teil ausserordentlich grosse Fortschritte erzielen. So verminderte sich die Zahl der Hungernen in Vietnam, Brasilien, Mexiko oder Nicaragua um mehr als die Hälfte. Gerade in die andere Richtung schlug das Pendel für einzelne afrikanische Staaten aus: DR Kongo (+53%), Burundi und Komoren (je +20%) oder – kaum verwunderlich – Zimbabwe (+9%). ■

## Namibia

### Garantiertes Grundeinkommen

Ein spannendes Experiment wird im nördlichen Namibia durchgeführt: In der nahe zur Transkalahari-Strasse gelegenen Tausend-Seelen-Gemeinde Otjivero erhalten alle Erwachsenen ein monatliches, garantiertes Grundeinkommen von 100 Namibischen Dollars (etwa 15 Franken). Die in kurzer Zeit feststellbaren Veränderungen sind enorm: Die Kriminalität ist drastisch gesunken, die Armutskriminalität wie etwa der Diebstahl von Feuerholz nahezu ganz. Zahlreiche Personen haben begonnen, kleingewerbliche Aktivitäten auszuüben und sind so wieder in einen Geldkreislauf eingeschlossen. Das durchschnittliche Einkommen hat sich von 118 auf 152 Namibische Dollars erhöht; die Unterernährung bei Kindern hat innert zwei Jahren von 42 auf 10 Prozent abgenommen. Die Gesundheitsversorgung – auch wenn sie nahezu gratis war – erreicht wieder mehr Menschen. Das Projekt, das unter der Federführung der «Basic Income Grand Coalition» unter dem Vorsitz von Bischof Zephania Kameeta 2004 gestartet wurde, wird aus Deutschland mitfinanziert. Regierungspartei SWAPO, Opposition und auch die Zentralbank beschäftigen sich mittlerweile mit dem Thema. ■  
[www.bignam.org](http://www.bignam.org)

## Südafrika

### Goldpreisboom

Von der weltweiten Finanz- und Börsenkrise getrieben steigt die Nachfrage nach Gold und damit der Goldpreis. In der Folge ist auch der südafrikanische Rand gegenüber dem Dollar und dem Euro signifikant gestiegen. Gestützt wurde das Erstarren des Rands auch durch ein stark gesunkenes Leistungsbilanzdefizit. Doch das Erstarren des Rands hat auch Schattenseiten: Südafrikanische Exporte in die Nachbarländer werden teurer. Zahlreiche exportorientierte Schlüsselindustrien stecken erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt in einer Rezession. Rund 30 000 Arbeitsplätze sind betroffen. ■



## Zimbabwe

### Nestlé im Sandwich

Der Schweizer Nahrungsmittelmulti Nestlé betreibt in Zimbabwes Hauptstadt Harare eine Fabrik zur Herstellung von Milchpulver. In diese Fabrik wurde auch Milch zur Verarbeitung eingeliefert, die von der Gushungo Dairy Farm stammt. Diese Farm wurde im Rahmen der willkürlichen Verstaatlichung weisser Farmen von Mugabes Ehefrau unter den Nagel gerissen. Im Herbst letzten Jahres wurde bekannt, dass Nestlé somit Geschäftspartner der kleinen Diktatorenclique Zimbabwe ist und durch die Milchverarbeitung den Mugabe-Clan finanziell unterstützt. In der Folge weigerte sich Nestlé ab Oktober, weiterhin Milch der Gushungo Dairy Farm zur Verarbeitung entgegen zu nehmen. Mit einem ungeahnten Ergebnis: Unter Aufmarsch des Mugabe-Pöbels wurde unter Brachialgewalt Milch angeliefert und die Belegschaft gezwungen, die Milch anzunehmen. Doch Nestlé verweigerte die Verarbeitung und liess die Milch versauern. Gleichzeitig kündigte Nestlé die Schliessung der Fabrik in Harare an. Nun hat sich die Lage entspannt: Unter Vermittlung der (an der Regierung beteiligten) Oppositionspartei konnte ein Kompromiss erzielt werden, wonach die Mugabe-Milch fortan – wie vor der gewaltsamen Ablieferung an Nestlé – wieder bei der staatlichen Dairy Board verarbeitet wird. ■

## Eritrea

### Verurteilung durch den UNO-Sicherheitsrat

Der UNO-Sicherheitsrat hat Ende Dezember 2009 ein Waffenembargo gegenüber Eritrea verhängt. Eritrea wird beschuldigt, islamistische Organisationen in Somalia zu unterstützen und sich einer Einigung im Grenzkonflikt mit Djibouti zu widersetzen. Die UNO-Resolution verbietet die Ein- und Ausfuhr von Waffen. Ferner werden Auslandvermögen führender eritreischer Politiker eingefroren und Reisebeschränkungen verhängt. Eritrea wird aufgefordert, den Streit um den umstrittenen Grenzverlauf mit Djibouti friedlich beizulegen. ■

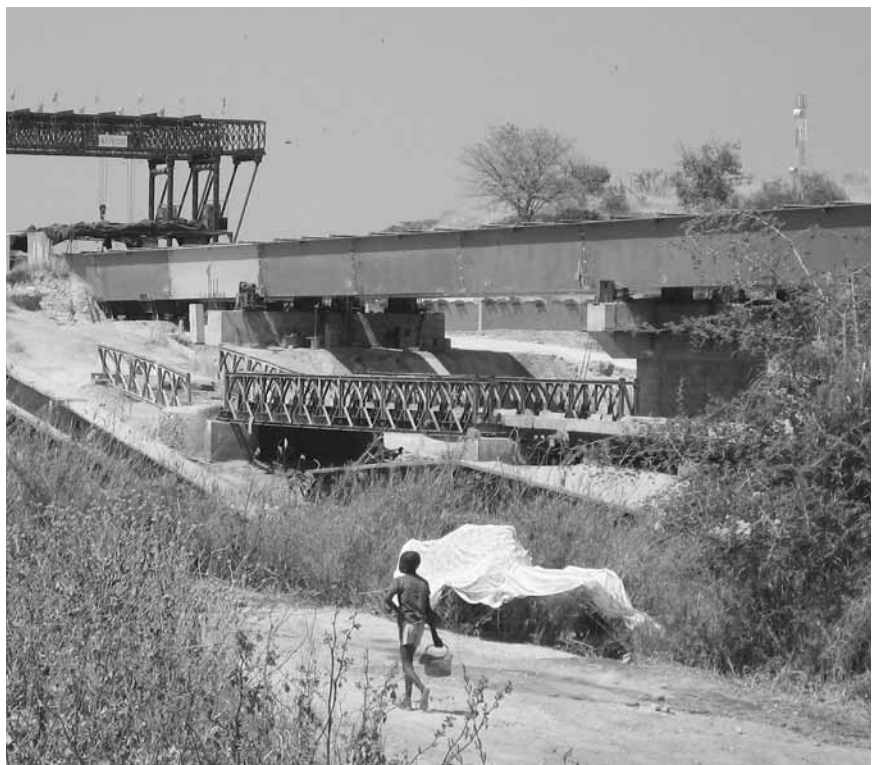
## Madagaskar

### Instabilität hält an

Die Ankündigung von Parlamentswahlen auf kommenden März und der Bruch des Abkommens für eine Einheitsregierung mit der Opposition folgten sich innert zwei Tagen im Oktober 2009 – und die Hauptstadt Antananarivo kam seither nicht mehr zur Ruhe. Der durch einen Putsch im März 2009 mit Hilfe der Armee an die Macht gelangte junge Präsident Rajoelina scheint sich lieber auf das Militär stützen zu wollen, als auf die Bevölkerung. Zwar hatten populäre Demonstrationen der städtischen Armen und Jugendlichen Rajoelina erst in die Position gebracht, dass ein Teil des Militärs sich mit ihm für den Putsch alliierte. Der 34-jährige Medienbesitzer, Sohn einer mächtigen madagassischen Oberschichtsfamilie, hatte zu den Protesten aufgepeitscht, nachdem er als gewählter Bürgermeister von Antananarivo vom vormaligen Präsidenten willkürlich abgesetzt wurde. Wie sich die Landbevölkerung zur Regierungssituation stellte – in Madagaskar schon immer ein relativ unwichtiger Faktor – blieb weitgehend unbekannt. Der Putschist hat dort jedoch Sympathien erworben mit der

Annullierung einer Bodentransaktion, mit welcher die vorherige Regierung gegen einen Drittel des fruchtbaren Agrarlandes einem südkoreanischen Multi zur Nutzung überlassen wollte (vgl. dazu unseren Schwerpunkt in dieser Nummer). Doch neue Proteste – nun von den Mittelschichten – riefen die Afrikanische Union, die SADC (Southern Africa Development Community) und die UNO auf die Bühne.

Nach zähen Verhandlungen zwischen der Opposition, dem Militär und der neuen Partei wurde im August ein Machtteilungsabkommen vereinbart. Rajoelina hat es nun mit der Ersetzung des Konsens-Premiers – zwei Tage nach der Ankündigung von Parlamentswahlen – endgültig gebrochen. Die neuen Proteste der Opposition wurden seither von den Sicherheitskräften regelmäßig mit Tränengas aufgelöst, die Weiterverhandlungen in dem Mehrparteienforums abgebrochen und auch die zwei durch dieses bestellten Co-Präsidenten entlassen ... Die westlichen Hilfsgelder für das Land, das zu den 18 Ärmsten der Welt zählt, wurden in der Folge sistiert. ■



China investiert in Afrika: Strassenbau in Angola. Bild: Susy Greuter

# Angolanische Studierende in der Schweiz

## Vorbereitungen auf die Unabhängigkeit 1961–1975

**Diskriminierung und Repression durch das ehemalige portugiesische Kolonialsystem zwangen Hunderttausende Angolanerinnen und Angolaner zur Flucht ins Exil. Während dem angolanischen Befreiungskampf von 1961 bis 1975 gelangten einige von ihnen auch in die Schweiz. Exilangolaner in allen Ländern engagierten sich politisch für ihre Heimat, so auch viele hierzulande. Die meisten waren junge Studierende und auch wenn sie in politischer Hinsicht uneinig waren, verband sie doch alle die Hoffnung, nach der Unabhängigkeit nach Angola zurückzukehren und am Aufbau des neuen Staates mitzuwirken. Eliane Kurmann erforschte diese unbekanntere Vergangenheit.**

Seit Portugal ab dem 15. Jahrhundert das Gebiet des heutigen Angola mehr und mehr unter seine Kontrolle brachte, leistete die afrikanische Bevölkerung erbitterten Widerstand. In den 1950er-Jahren entwickelte sich dann ein eigentlicher angolanischer Nationalismus. Da unter dem faschistischen portugiesischen Regime politische Gruppierungen aber verboten blieben, wurden die entstehenden politischen Bewegungen in den Untergrund oder ins Exil gedrängt, was eine Zersplitterung der nationalistischen Kräfte zur Folge hatte. So blieben auch die drei grössten Befreiungsbewegungen – die MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola), die UPA/FNLA (União das Populações de Angola/Frente Nacional de Libertação de Angola) und die UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola) – relativ isoliert voneinander.

Zu Beginn der 1960er-Jahre erlangten immer mehr afrikanische Staaten die Unabhängigkeit, und so drängten auch die angolanischen Befreiungsbewegungen auf eine friedliche Loslösung von Portugal. Da Portugal aber seine Überseegebiete weiterhin als unabtrennbare Bestandteile betrachtete, machten sich diese Bewegungen bereit, militärisch die Unabhängigkeit einzufordern: 1961 brachen sowohl in der Hauptstadt Luanda wie auch im Norden Angolas bewaffnete Aufstände aus, die sich im Laufe der Jahre zu einem organisierten, anhaltenden Guerillakrieg entwickelten.

### **Erste Studierende in den Sechzigerjahren**

Nach dem Ausbruch des bewaffneten Widerstandes und den folgenden repressiven Massnahmen flüchtete eine erste Gruppe von 19 jungen Angolanern, die sich zum Studium in Portugal aufgehalten hatten, in die Schweiz. Diese Studierenden wurden vorübergehend auf dem Rügel im Kanton Aargau untergebracht, bevor sie dann an Schweizer Universitäten mit ihren Studien weiterfahren konnten. Weiteren angolanischen Studierenden gelang dank der Vermittlung des Vereins Schweizer Freunde Angolas 1962 die Einreise. Im Zuge der anhaltenden Spannungen zwischen Angola und Portugal gelangten bis 1974 insgesamt rund 150 angolanische Studierende in die Schweiz. Sie wurden von kirchlichen, studentischen und politischen Gruppierungen sowie engagierten Einzelpersonen unterstützt, um hier ihre Ausbildung fortzusetzen. Diese teils intensiven Bemühungen waren durch humanitäre, aber auch politische Motive begründet: Es sollte ein angolanisches Kader gebildet und ausgebildet werden, das bei der bald erhofften Unabhängigkeit fähig wäre, den neuen Staat Angola aufzubauen. Gleichzeitig unterstützte man dadurch gezielt die Befreiungsbewegungen, um den Prozess der Entkolonialisierung zu be-

schleunigen – nicht mit Waffen, sondern mit Bildung.

Weniger solidarisch zeigten sich die Schweizer Behörden bei der Erteilung der Aufenthaltsbewilligungen. Die Befürchtung, die Schweiz könnte zu einem Sammelpunkt für angolanische Flüchtlinge oder sogar zu einem «Agitationszentrum für angolanische Exilpolitiker» werden sowie die Rücksichtnahme auf den befreundeten Staat Portugal liessen die zuständigen Behörden eine zögerliche Haltung einnehmen. Die Aufenthaltsbewilligung sollte also auf die Ausbildungszeit beschränkt bleiben und war an das Verbot jeglicher politischen Betätigung geknüpft.

Erst die Gutheissung eines kollektiven Asylantrages 1968 veränderte den unsicheren Aufenthaltsstatus der Angolaner: Mit der Unterstützung Rosa Thulins, die sich seit der Einreise der ersten aus Portugal geflüchteten Gruppe intensiv um die Versorgung und die Aufenthaltsbewilligung der angolanischen Studierenden kümmerte, wurden erstmals 28 Angolaner als politische Flüchtlinge anerkannt – dies bildete die Grundlage für viele weitere Asylanerkennungen.

### **Spaltung der Befreiungsbewegung auch in der Schweiz**

Den drei Befreiungsbewegungen in Angola gelang während der gesamten Dauer des Unabhängigkeitskampfes weder eine politische Einigung noch eine gemeinsame militärische Front gegen Portugal. Stattdessen begannen sie zunehmend, sich gegenseitig zu bekämpfen und sich mit externen Mächten zu verbinden, sodass sie zunehmend in die Spannungen des Kalten Krieges involviert wurden.

Die Trennungslinie manifestierte sich auch unter den angolanischen Studierenden: Mitglieder der UPA/FNLA, der MPLA und seit ihrer Gründung 1966 auch jene der UNTIA formierten in der Schweiz jeweils eigene Sektionen. Diese unterschieden sich jedoch in den Zielen und den Mitteln nicht wesentlich. Das politische Engagement der angolanischen Studierenden spielte sich auf zwei verschiedenen Bühnen ab: Innerhalb der angolanischen Politik und in der schweizerischen Öffentlichkeit. Die Mitglieder aller drei Bewegungen verfolgten das Ziel, die Schweizer Bevölkerung über die politischen und sozialen Verhältnisse in ihrer Heimat aufzuklären und dadurch Unterstützung für ihre Anliegen zu finden. Zeitungsberichte, Vorträge, Spendensammlungen und weitere Veranstaltungen wurden oft in Zusammenarbeit mit schweizerischen Vereinigungen und Einzelpersonen sowie Gruppierungen aus der aufkommenden Solidaritätsbewegung organisiert. Im Gegensatz zur Öffentlichkeitsarbeit blieb das Engagement der angolanischen Studierenden in-

nerhalb der direkt auf Angola ausgerichteten Politik weitgehend im Verborgenen. Diese Tätigkeiten wurden aufgrund des Verbotes zur politischen Betätigung darauf angelegt, geheim zu bleiben.

Eine Mehrheit der Studierenden sympathisierte mit einer der drei Befreiungsbewegungen, es sind allerdings grosse Unterschiede in der Art und Intensität des politischen Engagements auszumachen: Während die einen kaum politisch aktiv waren oder lediglich in einer der beiden angolanischen Studentenbewegungen mitwirkten, belegten andere bereits während ihrer Studienzeit hohe Funktionen innerhalb des angolanischen Befreiungskampfes. Als prominentestes Beispiel ist dabei Jonas Savimbi zu nennen: Savimbi hatte während seines Studiums in Fribourg und Lausanne das Amt des Aussenministers der von der UPA/FNLA gegründeten angolanischen Exilregierung inne, bevor es zur Abspaltung von seiner damaligen Bewegung kam und er die UNTIA formierte.

### Schweizer Staatsschutz aktiv

Die schweizerischen Staatsschutzorgane hatten bereits bei der Einreise der ersten angolanischen Studierenden Kenntnis über deren nationalistische, antiportugiesische Haltung, und so setzte umgehend eine gewisse polizeiliche Aufmerksamkeit ein. Die Überwachung durch die Bundespolizei und die kantonalen Polizeidienste hatte zum Ziel, die unerlaubten politischen Aktivitäten zu beobachten und gegebenenfalls zu unterbinden. In einigen Fällen kontrollierten die Polizeibehörden die Angolaner präventiv, in anderen setzte die Überwachung erst nach einem Verdachtsmoment ein oder nachdem der portugiesische Botschafter aufgrund von politischen Aktivitäten reklamiert hatte. Letztlich konnten die Polizeibehörden den angolanischen Studierenden aber kaum Aktivitäten nachweisen, die die Schweizerische Neutralität negativ belastet hätten.

In der Zwischenzeit dauerte der bewaffnete Kampf in Angola an, ohne dass jedoch eine der Befreiungsbewegungen einen entscheidenden militärischen Vorteil gegen Portugal hätte erzielen können. Erst der Sturz der faschistischen Regierung in Portugal von 1974 machte den Weg in die Unabhängigkeit endlich frei. Die drei Befreiungsbewegungen und Portugal konnten sich kurzfristig einigen und setzten eine Übergangsregierung ein, die die Unabhängigkeit und demokratische Wahlen vorbereiten sollte. Eine grosse Mehrheit der inzwischen diplomierten und graduierten Angolaner kehrte in ihre Heimat zurück, um sich wie vorgesehen aktiv am Aufbau des neuen Staates zu beteiligen. Einigen kam dabei eine zentrale Rolle innerhalb ihrer Bewegungen oder in der Übergangsregierung zu. José N'Dele wurde sogar zum Vertreter der UNITA im dreiköpfigen Präsidialkollegium der Übergangsregierung ernannt. Doch diese Regierung stand von Anfang an unter schwierigen Vorzeichen: Schon bald setzten die erbitterten Kämpfe zwischen den Bewegungen sowie die Einmischung externer Machtblöcke



Die erste Gruppe angolanischer Studierender, die 1961 aus Portugal in die Schweiz einreiste und vorübergehend auf dem Rügel Aufenthalt fand. Collage von Rosa Thulin-Krebs.

wieder ein. Der Kalte Krieg entwickelte sich in Angola zur heissen Auseinandersetzung. Als die MPLA schliesslich am 11. November 1975 alleine die angolanische Unabhängigkeit ausrief, befand sich das Land schon mitten im Bürgerkrieg. Der Frieden hatte nicht lange gewährt, und so sahen sich viele der ehemaligen Studierenden gezwungen, erneut in die Schweiz zu flüchten.

Einige der ehemaligen Studierenden sind bis heute für ihre Heimat politisch oder humanitär aktiv geblieben; darunter sowohl jene, die nach Angola zurückkehrten, als auch jene, die dauerhaft in der Schweiz Aufnahme fanden. ■

Der Artikel basiert auf der Lizentiatsarbeit «Affaires Angolaises. Die angolanischen Studenten in der Schweiz während dem Unabhängigkeit 1961–1975», Universität Fribourg 2008.

# Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

## Zur globalen Migration von Gesundheitsfachkräften

Qualifiziertes Gesundheitspersonal wandert aus ärmeren Ländern in reiche Länder ab. Die Auswanderung mag für die einzelne Fachkraft und ihre Angehörigen zu höherem Verdienst und zu einem besseren Leben führen – und dagegen ist nichts einzuwenden. In ihrem Herkunftsland trägt der Verlust der oft teuer ausgebildeten Fachkraft jedoch oft zur Verschärfung der Gesundheitskrise bei. Die WHO will mit einem «Verhaltenskodex für die internationale Rekrutierung von Gesundheitsfachkräften» für etwas Ordnung sorgen. Die Schweiz tut sich schwer mit dem Thema ...

Wenn wenigstens 2,3 gut ausgebildete Gesundheitsfachkräfte pro 1000 Menschen zur Verfügung stehen, können 80 Prozent oder mehr der Bevölkerung mit qualifizierter Geburtshilfe und Impfungen für Kinder erreicht werden. Gemäss WHO erreichen aber 57 Länder diese Quote nicht; ihnen wird deshalb im Weltgesundheitsbericht 2006 ein «akuter Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen» bescheinigt. Am schlimmsten ist die Lage in Afrika südlich der Sahara, wo der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften die ohnehin schon geschwächten Gesundheitssysteme noch zusätzlich belastet.

Dies sei auch durchaus in Ordnung so, hielt kürzlich ein Vertreter des Bundesamtes für Gesundheit an einem vom Netzwerk Medicus Mundi Schweiz organisierten «Runden Tisch» zu diesem Thema fest: Die globalisierte Wirtschaft sei ein Geben und Nehmen zwischen den einzelnen nationalen Märkten und Volkswirtschaften. Und die Schweiz produziere nun einmal mehr Medikamente, als sie verbrauche, Japan dafür mehr Autos und Computer – und andere Länder einen Überschuss an «human resources». Also was soll's, wenn da fleissig gehandelt und getauscht wird ...

### Menschen, Volkswirtschaften und Gesundheitssystemen

Wenn eine Gesundheitsfachkraft eine Stelle in einem anderen Land findet, macht sie zunächst ganz einfach von ihrem Recht auf Bewegungsfreiheit Gebrauch. Ihr Einkommen mag dem Wohlstand ihrer Familie und – wenn sie Geld nach Hause schickt – auch dem Volkseinkommen ihres Herkunftslandes förderlich sein. Aus diesem Grund fördern etwa die Philippinen den «Export» von Arbeitskräften ins Ausland, indem sie ein Emigrationsministerium eingerichtet haben und Ausreisewillige gezielt beraten und betreuen. Einzelne philippinische Fachschulen haben auch lukrative Verträge mit ausländischen Gesundheitsinstitutionen abgeschlossen, welche die in den Philippinen ausgebildeten Fachkräfte gegen eine grosszügige Ausbildungsentschädigung übernehmen. Im Land selbst herrscht aber weiterhin ein beträchtlicher Mangel an gut qualifiziertem Gesundheitspersonal, sehr zum Leidwesen des nationalen Gesundheitsministeriums. Dass auch andere Länder ein Kohärenzproblem zwischen Gesundheits-, Aussen- und Wirtschaftspolitik haben, ist für uns aber ein kleiner Trost. Wir kommen auf dieses Thema zurück ...

Die Philippinen gehören nach der WHO-Definition nicht zu den Staaten mit einem akuten Mangel an Gesundheitspersonal, dafür aber viele Länder in Afrika. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass die Abwanderung von Gesundheitsfachkräften in diesen Ländern ganz direkt zur Verschärfung der Gesundheitskrise beiträgt. Auch volkswirtschaftlich betrachtet, ist die Sache nicht überall so einfach: Die meisten Entwicklungsländer verlieren ja die Erträge auf die Investitionen, die sie in die Ausbildung der Fachkraft gemacht haben, ohne dass sie dafür irgendeine Art von Kompensation erhalten. Viele arme Länder unterstützen heute faktisch reiche Länder, die zu wenig Fachkräfte ausbilden – oder die aufgrund der niedrigen Löhne gerade im Pflegebereich, auf ihrem Binnenarbeitsmarkt nicht genügend Personal finden.

### Geben und Nehmen – was soll's?

Der Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen ist ein weltweites Phänomen, auch in reichen Ländern. Weltweit werden mehr als vier Millionen zusätzliche ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen, Hebammen, Manager und Public Health Worker dringend gebraucht. Andererseits ist die Welt in den letzten Jahren kleiner geworden, auch der Fachkräfte-Personalmarkt ist nun «globalisiert». Die grenzüberschreitende Anwerbung von Gesundheitsfachkräften ist deshalb eine gängige Praxis geworden.



Ohne die Schaffung angemessener Anreize kann der Brain-Drain nicht aufgehalten werden.  
Foto: Cordaid

### Ein «schwieriges» Thema

Zahlen zur Migration von Gesundheitspersonal sind allerdings schwer zu finden, da es bislang wenig systematische Übersichten und Statistiken gibt. Die bereits vorhandenen Studien zur Migration von Gesundheitspersonal haben je verschiedene Parameter und sind daher schwer zu vergleichen. Im Januar 2008 wurden Daten einer ersten systematischen Untersuchung zu diesem Thema veröffentlicht. Sie beruhen auf Erhebungen aus dem Jahr 2000. Danach arbeiteten zu jenem Zeitpunkt ungefähr 65 000 ÄrztInnen und 70 000 KrankenpflegerInnen, die in Afrika geboren wurden, in einem Industrieland. Das entspricht etwa einem Fünftel der afrikanischen ÄrztInnen und einem Zehntel der afrikanischen KrankenpflegerInnen. Die Rate der afrikanischen Gesundheitsfachkräfte, die nicht in ihrem Herkunftsland arbeiten, variiert je nach Land zwischen einem und 70 Prozent.

Zur aktiven Anwerbung von Gesundheitsfachkräften im Ausland halten sich die Staaten und Gesundheitseinrichtungen meist bedeckt. Schweizerische Institutionen rekrutierten aktiv in Bulgarien und auf den Philippinen, doch «nichts Genaues weiss man nicht».

Die Forderung nach besseren Datengrundlagen und mehr Forschung und Informationsaustausch zu Migration und internationaler Rekrutierung von Gesundheitsfachkräften wird deshalb inzwischen auch von der Weltgesundheitsorganisation – und der Schweiz – mitgetragen. Der Steuerungsbedarf geht aber darüber hinaus: Mit zwei Resolutionen der Weltgesundheitsversammlung haben die Mitgliedstaaten der WHO den Generaldirektor der Organisation in den Jahren 2004 und 2005 aufgefordert, in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und allen massgeblichen Partnern die Federführung bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines Verhaltenskodex für die grenzüberschreitende Rekrutierung von Gesundheitsfachkräften zu übernehmen.

Ein erster Entwurf des «WHO code of practice on the international recruitment of health personnel» liegt seit einiger Zeit vor. Optimistische Beobachter waren eigentlich davon ausgegangen, dass der Verhaltenskodex durch die Weltgesundheitsversammlung bereits im Mai 2009 verabschiedet würde. Doch vertagte der Vorstand der Weltgesundheitsorganisation das Traktandum auf das nächste Jahr und setzte zur besseren Vorbereitung eine Reihe nationaler und internationaler Konsultationen an. Inzwischen wurde der Verhaltenskodex auch in den Versammlungen aller regionalen WHO-Komitees diskutiert.

### Die Rolle der Schweiz

Das Thema der internationalen Rekrutierung von Gesundheitspersonal ist ganz offensichtlich politisch «sensibel» und Gegenstand eines Interessenkonfliktes und Machtkampfes zwischen Empfänger- und Herkunftsländern der Migration von Gesundheitspersonal. Dies zeigt ein im Mai 2009 von der WHO veröffentlichtes, an die Mitgliedstaaten der WHO gerichtetes Hintergrundpapier. Die in diesem Dokument aufgeworfenen Fragen machen in einer überraschenden Offenheit

die politischen Knackpunkte transparent: Die Nutzbarmachung der Migration für alle Beteiligten (mutuality of benefits) und die Forderung nach nachhaltigen nationalen Arbeitsmarktpolitiken im Gesundheitsbereich (National health workforce sustainability).

Diesen von der WHO aufgeworfenen Fragestellungen nachzugehen lohnt sich offensichtlich auch für die Schweiz. Deshalb haben sich nach Auskunft von BAG und DEZA die mit an der Thematik interessierten Bundesämter in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe mit dem Thema Migration von Gesundheitsfachkräften auseinandergesetzt und sind daran, ein Strategiedokument zu entwickeln. Noch sei es aber zu früh für externe Konsultationen ...

Nicht zu früh ist es aber für uns, unser Anliegen an die schweizerische Politik noch einmal auf den Punkt zu bringen: Im Bereich der internationalen Rekrutierung von Gesundheitspersonal zeigt sich eine mangelnde Kohärenz von schweizerischer Innen- und Aussenpolitik im Gesundheitswesen. Die nationale Arbeitsmarktpolitik im Gesundheitsbereich (wenn die Summe der kantonalen Arbeitsmarktpolitiken überhaupt so genannt werden kann) akzeptiert den Mangel an einheimischen Fachkräften und ist deshalb auf internationale Rekrutierung von qualifiziertem Personal angelegt. Mit dem durch die Anwerbung von Gesundheitsfachkräften in Nachbarländern angestossenen «Dominoeffekt» der Migration von ärmsten in ärmere, von da in reiche und in reichste Länder untergräbt die Schweiz jedoch ihre eigenen Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheitssysteme in den ärmsten Ländern. Damit die Anwerbung der ausländischen Fachkräfte nicht zum blanken Diebstahl wird (wir sind nicht weit davon entfernt), ist die Schweiz gefordert, sich an der Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen zu beteiligen, die Ländern mit einem kritischen Mangel an Gesundheitspersonal helfen, genügend qualifiziertes Personal auszubilden – und dieses durch geeignete Anreize und Arbeitsbedingungen im Land zu behalten, damit die Fachkräfte nicht auf der Suche nach «grüneren Weiden» ins Ausland abwandern müssen. ■

#### Autor

Thomas Schwarz ist Geschäftsführer des Netzwerks Medicus Mundi International. Das Netzwerk MMI hat sich im September 2009 in einer Stellungnahme an das europäische WHO-Komitee gewandt und sich für einen starken, griffigen Verhaltenskodex zur internationalen Rekrutierung von Gesundheitsfachkräften ausgesprochen. Kontakt und Informationen: schwarz@medicusmundi.org, www.medicusmundi.org

#### Literaturhinweise

- Dokumente der WHO zur Migration von Gesundheitsfachkräften: [www.who.int/hrh/migration/migration/en/index.html](http://www.who.int/hrh/migration/migration/en/index.html)
- Medicus Mundi International, «Human Resources for Health»: [www.medicusmundi.org/en/topics/human-resources](http://www.medicusmundi.org/en/topics/human-resources)
- Fallstudie Philippinen: Migration of health workers. Country case study Philippines. Institute of Health Policy and Development Studies, ILO Working Paper 2005
- Gesundheitspersonal in der Schweiz – Bestandesaufnahme und Perspektiven bis 2020. Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (Obsan), Neuchâtel 2009
- Kohärenz von Gesundheits-Innen- und Aussenpolitik: Medicus Mundi Schweiz, Symposium «Globale Gesundheit und schweizerische Aussenpolitik», November 2006: [www.medicusmundi.ch/mms/services/events/meeting20061102](http://www.medicusmundi.ch/mms/services/events/meeting20061102)

# Literatur

## Buchbesprechungen

### Entwicklung hinterfragt

hus. Al Imfeld stellt die gängige Auffassung von «Entwicklung» in Frage, und damit auch die «Entwicklungshilfe». LeserInnen des «Afrika-Bulletins» erinnern sich an seine Ausführungen, die unter dem Titel «Afrika ist traumatisiert» Anfang 2009 erschienen (Nr. 133). Eine Sammlung verschiedener Beiträge liegt nun unter dem Titel «Die Entwicklung» vor. Wiederum kratzt Al Imfeld an liebgewonnenen Vorstellungen: Er stellt die auf quantitatives Wachstum ausgerichtete Hilfe in Frage, setzt sich mit der Idealvorstellung der nachhaltigen Entwicklung auseinander und legt 35 entwicklungspolitische Leitlinien vor. Tenor: Alles was Menschenwürde und Demokratie einschränkt, kann nicht Teil eines entwicklungspolitischen Planes sein. Mehrheitsentscheide sind problematisch, Konsenslösungen sind zu suchen. Eine anregende, durchaus lesenswerte Publikation. ■

Al Imfeld:  
Die Entwicklung, Marburg 2008 (metropolis)

### Geschichte der AAB-Deutschland

hus. Jüngere Studierende, Forschende oder geschichtlich Interessierte heben immer mehr Archivschätze der vergangenen Zeit der Solidaritätsbewegung. Im vorliegenden Fall wird die Entwicklung der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung – kurz AAB genannt – nachgezeichnet. Diese entstand in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre. Sie musste sich ihren Platz zwischen den verschiedenen Politblöcken, die auch die Afrika-Solidarität zu besetzen suchten, erst finden. Von einem kleinen Büro aus organisierte die AAB, mit welcher der Name der ersten Geschäftsführerin Ingeborg Wick untrennbar verbunden ist, die Südafrika-Solidarität: Geschäfts- und Waffendeals zwischen der BRD und dem Apartheid-Regime wurden angeprangert, für die Freilassung von Nelson Mandela Druck

gemacht und die Boykott-Kampagne gegen südafrikanische Produkte orchestriert. Wenn auch die Organisation nie über eine sehr grosse Zahl Aktiver hinauswuchs, lebte sie vom grossen Einsatz ihrer Mitglieder.

Die Publikation zeichnet die Entwicklung der AAB und ihrer Kampagnen nach. An vieles können sich die etwas älteren Semester der Solidaritätsbewegung gut erinnern, beispielsweise an die grossen, von der AAB organisierten Konferenzen, die zu Informations- und Kontaktgesprächen für die europäische Solidaritätsbewegung wurden. Ende der 90er-Jahre hatte die AAB ihren Höhepunkt überschritten, Mitte der 90er-Jahre löste sie sich auf. Aus heutiger Sicht beeindruckt das grosse Engagement, das über mehr als ein Jahrzehnt aufrecht erhalten werden konnte, und das schliesslich in der öffentlichen Wahrnehmung Spuren hinterlassen hat. ■  
Jürgen Bacia und Dorothee Leidig:  
«Kauft keine Früchte aus Südafrika»,  
Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung,  
Frankfurt/Main 2008 (Brandes & Apsel)

### Afrikanischer Krimi: Das Magische darf nicht fehlen ...

sg. Ein Privatdetektiv kommt, selbstverständlich inkognito, in ein Landstädtchen im Waldgebiet Liberias mit dem Regierungsauftrag, das spurlose Verschwinden des Regierungsstatthalters aufzuklären. Er gibt sich als Durchreisender aus, bietet seine Dienste für die Reparatur des ewig stotternden Generators an und lebt sich so ein in das verstrickte Netzwerk der inoffiziellen Machthaber des Ortes. Doch er erhascht nur mysteriöse Bruchteile über die Amtszeit und das Verbleiben des pompösen «Ubu-Roi», seine beiläufigen Fragen lösen Angst und Panik aus. Andererseits verfolgen merkwürdige Ereignisse seine Gänge und seine Nächte, die ihn schliesslich seiner Rolle entblößen. Nun erzwingt er mit autoritärem Gehabe und Gewalt einen Bericht über die vielschich-

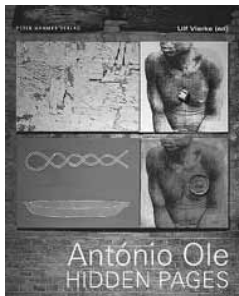
tigen Konflikte der Stadt mit dem verschwundenen Tyrannen (die die Zustände des liberianischen Bürgerkriegs erahnen lassen) – doch dessen Verschwinden bleibt ein Rätsel. Ob der Undurchdringlichkeit der Einwohner selber zum Despoten geworden, erzwingt er schliesslich die Aufklärung: Er begegnet dem Poro – was für ihn selber zur Katastrophe wird (Poro ist der Geheimbund, der in Liberia, Sierra Leone und Guinea verbreitet ist). ■

Vamba Sherif:  
Geheimauftrag in Wologizi, Wuppertal 2009  
(Peter Hammer Verlag)

### Kunstschaffen in Angola: Ein vierzigjähriges Werk

sg. Antonio Olé ist gebürtiger Luander. Während all der Jahre des Bürgerkrieges hat er seinem Ursprungsland nie den Rücken gekehrt. Aus der Dokumentation seiner Traditionen, des Lebens und Leidens seiner Bewohner ist endlich die Geschichte des Landes die hauptsächliche Inspiration dieses Künstlers geworden. Die breite Palette künstlerischer Annäherungen geht von Fotografie und Film, über Grafiken und Skulpturen zu Assemblagen und Installationen, in denen auf die ursprünglich poppige Überhöhung sich immer mehr die Verwendung von der Natur und der Zeit geprägter Materialien durchsetzt, welche Hintergründe in der Geschichte erahnen lassen. Mit dem Gebrauch zermürbter, erodierter Relikte und Dokumente schafft er eine «Archäologie der verborgenen Geschichte». Sklaverei und Fronarbeit, Kolonialismus und Vertreibung schafft Olé in seinen Werken eindringliche Symbole, die sich der sozialen Plastik eines Joseph Beuys nähern.

Die Monografie wurde im Rahmen einer Reihe von Ausstellungen in Bayreuth, Berlin und Nairobi im laufenden und kommenden Jahr geschaffen. ■  
Ulf Vierke & Johannes Hossfeld (Hg.):  
Antonio Olé – Hidden pages,  
Wuppertal 2009 (Peter Hammer Verlag)



## Kleinbäuerliche

### Landwirtschaft als Basis

sg. Die Landwirtschaft ist zurück auf der Entwicklungsagenda. Nach über 20 Jahren Vernachlässigung überschlagen sich die Initiativen und Programme internationaler Organisationen, staatlicher Geberorganisationen und privater Stiftungen, welche die Landwirtschaft als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika wiederentdeckt haben.

Nichtregierungsorganisationen haben schon immer als grossen Fehler herausgestrichen, dass die Bäuerinnen und Bauern, die die Mehrheit der Bevölkerung in Afrika stellen, vernachlässigt werden. Hoering zeigt nun auf, dass eine nachhaltige, organische Landwirtschaft nicht nur das Welternährungsproblem lösen, sondern zugleich die Klimaproblematik positiv beeinflussen kann. Doch viele Initiativen und Vorstellungen gehen in eine falsche Richtung: Im Widerspruch zu den Vorgaben stehen nicht Armuts- und Hungerbekämpfung im Mittelpunkt, sondern wirtschaftliches Wachstum und Weltmarktintegration. Damit offenbaren sich handfeste ökonomische Interessen hinter den konkreten Empfehlungen. Motor des Geschehens ist das internationale Agrobusiness. Die Entwicklungskonzepte von Weltbank, NEPAD, Bill & Melinda Gates Foundation, Freihandelsabkommen und WTO entpuppen sich als Steigbügelhalter einer rücksichtslosen Modernisierungsstrategie. Wer nicht mitkommt, muss weichen. Mit Armutsbeseitigung hat das wenig zu tun. ■

Uwe Hoering:

Agrarkolonialismus in Afrika – Eine andere Landwirtschaft ist möglich, Hamburg 2007 (VSA-Verlag)



## Ghana Special:

### Modern Highlife, Afro-Sounds, Ghanaian Blues 1968–1981

In letzter Zeit erscheinen eine Anzahl sehr gepflegter Anthologien, Zusammenstellungen afrikanischer Musik. Dies nicht von grossen Musikkonzernen, welche ihre Archive öffnen, sondern meist von kleinen, engagierten Labels wie Soundway oder AnalogAfrica. Es sind keine lieblosen Zusammenstellungen, keine «The Best Of ...»-Belanglosigkeiten. Hier wird bewusst und mit viel Wissen und Freude den Spuren afrikanischer Musik nachgegangen. Die meist schlechte Tonqualität der Originalaufnahmen wird sorgsam remastered und die Produktionen werden gut dokumentiert.

So nun auch bei Ghana Special. Erschienen auf einer Doppel-CD oder als wunderbar aufgemachte fünf LP/Vinyl-Box. Musik aus der goldenen Zeit des Ghana-Sounds. Wie auch in Nigeria gab es in Ghana durch das Wirken englischer Musikkonzerne eine relativ dichte Zahl von Aufnahmemöglichkeiten und Produktionskanälen. Es wurden eine grosse Zahl Platten produziert, natürlich auch für den Import nach England und Amerika, wo viele EmigrantInnen lebten. Es war ein fruchtbarer Boden für MusikerInnen. Musikklubs und unzählige Bands existierten. Stars entstanden und das interessierte Publikum wurde immer grösser.

Eine sehr populäre Musik wurde in Ghana, aber auch in Nigeria der Highlife. Die Musik modernisierte sich. Sie wurde elektrisiert und äusserst tanzbar. Die Musiker bauten verschiedene Stile in ihren Sound ein. Das machte die Musik spannend und innovativ. Textlich war in den Songs alles möglich. Verehrung von Persönlichkeiten, religiöse Themen, Anzüglichkeiten, Love-Songs, Themen, welche die Welt oder das Land bewegten. Bläser trafen auf Gitarristen. Perkussion auf die Maultrommel. Es entstanden zum Teil ausge dehnte Stücke mit Improvisation und psychedelischem Touch.

Ghana Special zeigt uns die ganze Breite und Lebendigkeit der damaligen Musikszene. Und neben Legenden wie The Sweet Talks, The African Brothers International Band, T. O. Jazz, K. Frimpong & His Cubanos Fiestas, The Uhuru Dance Band oder Joe Mensah sind auch viele andere Stars vertreten. Eine Rarität ist unter anderem das Stück Dr. Solutso von Basa Basa Soundz feat. Fela Anikulapo Kuti (!). Und das umwerfende Stück Psychedelic Woman von Honny & The Bees Band ist auch zu hören – eine Vielfalt aus einer aktiven und äusserst produktiven Zeit der Musik Ghanas. Es ist nicht verwunderlich, dass einige dieser Stücke den Weg in moderne Remixes der heutigen Dance- und Disco-Kultur geschafft haben oder es noch schaffen werden. Wenn man so intensive Stücke wie Nite Safari von The Black Star Sound hört, wird einem so richtig bewusst, was das für eine intensive musikalische Zeit gewesen sein muss. Schön, all diese Musik wieder in bester Tonqualität zu hören! ■

Ghana Special: Modern Highlife, Afro-Sounds & Ghanaian Blues 1968–1981. Mit informativem, reich bebildertem Booklet. Zwei CDs oder limitiert als fünf LP (Vinyl)-Box. Soundway.

Die Besprechung verfasste Pius Frey.

Bezugsadresse für CD:  
Buchhandlung Comedia,  
Katharinengasse 20,  
9004 St. Gallen.  
medien@comedia-sg.ch.  
www.comedia-sg.ch, mit  
umfassendem  
Angebot aktueller CDs mit  
Musik aus Afrika.

## Gerechtigkeit für Apartheid-Opfer

### Apartheidklagen und neue Gerichtsfälle

Am 11. Januar 2010 fand die Anhörung der Parteien vor Gericht statt. Die Beklagten, welche die fünf Konzerne Ford, General Motors, Daimler, Rheinmetall und IBM umfassen, fuhren mit grossem Geschütz auf. Sie machten geltend, dass nur natürliche Personen ethisch handeln und für unethisches Verhalten belangt werden könnten. Die deutschen Konzerne bestritten generell die Zuständigkeit eines US-Gerichts. Das Gericht wird in den nächsten Monaten entscheiden, ob es den Einsprüchen der beklagten Firmen stattgeben will oder ob der Fall zur materiellen Behandlung an das Distriktgericht zurückgewiesen werden soll.

In der Zwischenzeit macht ein ganz anders gelagerter Gerichtsfall verschiedene Finanzinstitute nervös, die enge Geschäftsbeziehungen zum Apartheidregime unterhielten – darunter auch solche aus der Schweiz. In Portugal und Belgien will ein Mittelsmann bei Rüstungsgeschäften seine Auftraggeber einklagen, weil sie angeblich seinen versprochenen Anteil von zehn Prozent nicht bezahlten. Dabei macht der Portugiese Jorge Pinhol sehr detaillierte Angaben über ein Geschäft von 1986, das wegen des Waffenembargos gegen Südafrika über verschiedene Stellen lief. Es ging um Waffenlieferungen der französischen Firma Aero Spatiale an die südafrikanische Armscor via Portugal. Dem Vernehmen nach sind prominente Persönlichkeiten in den Fall verwickelt, die durch Korruption von dem Geschäft profitierten. Die Medien zitieren Insider, die sagen der neue Fall stelle alles in den Schatten, was bisher über die Apartheid vermutet wurde. Präsident Zuma soll im letzten Jahr über die Details des Falls informiert worden sein. Was er dabei erfuhr bewog ihn, die Haltung der südafrikanischen Regierung zu den Apartheidklagen zu verändern. Der Fall zeigt, dass jederzeit und auf unerwartete Weise Informationen über die Verstrickung westlicher Konzerne und Banken mit dem Apartheidregime ans Tageslicht kommen können.

genden gegenüber früher eindeutig stärker geworden. Am 11. Januar 2010 fand die Anhörung der Parteien vor Gericht statt. Die Beklagten, welche die fünf Konzerne Ford, General Motors, Daimler, Rheinmetall und IBM umfassen, fuhren mit grossem Geschütz auf. Sie machten geltend, dass nur natürliche Personen ethisch handeln und für unethisches Verhalten belangt werden könnten. Die deutschen Konzerne bestritten generell die Zuständigkeit eines US-Gerichts. Das Gericht wird in den nächsten Monaten entscheiden, ob es den Einsprüchen der beklagten Firmen stattgeben will oder ob der Fall zur materiellen Behandlung an das Distriktgericht zurückgewiesen werden soll.

## LeserInnenservice

### Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 136: Afrika und die Demokratie
- Afrika-Bulletin 135: Millenniumsziel: Bildung für alle!
- Afrika-Bulletin 134: Börsencrash, Wirtschaftskrise und Dritte Welt
- Afrika-Bulletin 133: Standortbestimmung Entwicklungszusammenarbeit
- Afrika-Bulletin 132: Afrikanische Diaspora
- Afrika-Bulletin 131: Die Schweiz und die Sklaverei
- Afrika-Bulletin 130: Zukunft Biodiesel ?
- Afrika-Bulletin 129: Kampf um Rohstoffe
- Afrika-Bulletin 128: Wasser als Schicksalsfrage

### Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

### Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2007
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name .....

Strasse .....

PLZ/Ort .....

### Das Afrika-Bulletin im Netz

Diese und ältere Ausgaben und zusätzliche Materialien finden Sie im Netz unter:  
[www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)